

Rußland.

Der XV. Parteitag der KPSU.

Der Parteitag der bolschewistischen Partei hat, wie nicht anders zu erwarten war, die politische Linie der Stalinisten und sämtliche bisher getätigten Ausschüsse von oppositionellen Parteimitgliedern gebilligt. Zusammenfassend schreibt die "Pravda" am 8. Dezember d. J. einen Leitartikel mit dem Titel: "Sie haben ausgelesen".

Prinzipiell wie immer, behauptet sich die Snowjew-Trotzki-Opposition. Ihr Vertreter Rakowski führte noch der "Inprekorr." Nr. 121, S. 2705, aus: "Wie die Opposition schon auf dem August-Plenum des ZK dargelegt hat, wird die Opposition im Falle der Kriegsjahre bedingungslos verteidigen, unter der Führung der gegenwärtigen Leitung der Partei und der Komintern."

Ein weiterer Vertreter der Opposition, Kamenew, erklärte in seiner Rede am 6. Dezember: "Der Opposition ist unendlich, den Weg einer zweiten Partei einzuschlagen, es bleibt ihr also nur der Weg der Unterordnung unter die Partei nach einem scharfen Kampfe, der Unterwerfung unter alle Beschlüsse des Parteitages, wie schwer sie auch ausfallen werden."

Irgendwelche Vertreter der "Gruppe der 15", unter Führung von Smirnow, Kalin usw. hat der Parteitag nicht gehört, da sie bereits allem Anschein nach reslos aus der Partei ausgeschlossen worden sind.

Die einstimmige Annahme der Resolutionen zum politischen und organisatorischen Bericht des ZK, kann keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf in Rußland verschärfter und auf neuer Basis weitergehen wird.

Vom russischen Militarismus.

Zwischen den Sozialdemokraten rosaroter und roter Färbung ist wieder mal ein kleiner Streit ausgebrochen, und das kam so: Am 12. Dezember brachte der "Vorwärts" in seiner Abendausgabe einen aufsehenerregenden Artikel unter dem Titel: "Rußland beherrscht den Himmel". Derselbe sollte Aussage aus einem Aufsatz von S. Litwin enthalten, in dem dieser behauptet, daß Rußland angeblich 1521 Kampflugzeuge besitzt, deren Anzahl in den nächsten acht Monaten auf 3000 erhöht werden soll. Außerdem betonte Stalin, daß Rußland im Besitze der wirksamsten Giftgase und in der Lage sei, im Falle eines Angriffs jede Nation innerhalb zwölf Stunden zu vernichten.

Darob erhob die Berliner "Pravda" am 13. Dez. ein großes Geschrei und behauptete, dieser Artikel wäre offenbar gefälscht oder völlig erfunden. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen bestätigte jedoch die "Rote Fahne" in großen und ganzen die Richtigkeit der vom "Vorwärts" aufgestellten Behauptungen.

Der "Vorwärts" läßt sich nun von seinem Londoner Berichterstatter drahten, daß sein Artikel, den er von der Agentur "Anglo-American Newspaper Service" übernommen habe, bereits am 2. Oktober d. J. in dem führenden Blatt des amerikanischen Hearst-Konzerns, "New York American", das eine Auflage von 600000 Exemplaren hat, erschienen ist. Der Artikel wurde weder damals noch in den darauffolgenden Wochen jemals demontiert.

Das Drahtbericht des Londoner "Vorwärts"-Berichterstatters heißt es dann weiter: "Nachdem nun Litwinow in Genf seine Abrüstungsreden gehalten hatte, die im reinsten Widerspruch zu diesem Stalin-Artikel standen, hielt die englische amerikanische Agenten den Zeitpunkt für geeignet, nachdem sie sich mit dem "New York American" in Verbindung gesetzt und sich von der Echtheit dieses Artikels überzeugt hätte, diesen aus neue zu verbreiten. Jetzt erst erfolgte das späte russische Demonté."

Das revolutionäre Proletariat gibt an sich wenig auf den Streik der feindlichen Brüder und bildet sich seine eigene Meinung, die es bereits seit langem auf Grund der Entwicklung Rußlands gewonnen hat. Rußland hat seit 1921 einen ausgesprochenen Januskopf. Es redet mit zwei Zungen und mit einer für die ekklitischen Mitglieder in allen Sektionen der KI und mit der anderen für die imperialistische Welt, mit der es in gute geschäftliche Beziehungen treten muß. Es ist klar, daß Rußland die Agitation der 3. Internationale längst seiner kapitalistischen Entwicklung untergeordnet hat.

Wenn Rußland in Genf unter der imperialistischen Meute für die absolute hundertprozentige Abrüstung eintrat, so war das die "revolutionäre Geste" gegenüber den Sektionen der KI. Allerdings können solche Humbug nur ganz naive Proletarier für ernst nehmen. In der Tat rüstet Rußland seit längerer Zeit auf. Diese ungeheuren Rüstungen werden mit den Augenmerkungen der imperialistischen Sektionen in England, begründet. Doch wissen wir als Marxisten sehr gut, daß alle Rüstungen sich gegen das revolutionäre Proletariat richten, wenn es aufsteht, um für seine Klassenmacht zu kämpfen. Wir sind keine Pazifisten und heulen nicht über den Militarismus, doch hat das revolutionäre Proletariat alle Ursache, diese Dinge scharf zu beobachten. Der russische Militarismus wird sich, genau wie jeder andere, im geeigneten Moment gegen das kämpfende Proletariat richten, wie es der Militarismus stets in der Geschichte der Klassenkämpfe tat.

Das revolutionäre Proletariat hat daher mit Aufmerksamkeit auch die militärische Entwicklung Rußlands zu beobachten, den die Granataffäre gab genügend Aufklärung, wohnen Weg der U. d. SSR. führt. Schon verfolgt Rußland die revolutionären Proletarier, die der Schleier über die neokapitalistische Wirtschaft lüften. Das gibt der Perspektive Raum, daß im Falle von Proletarieraufständen die aufgerüstete Armee Rußlands gegen die Arbeiter marschieren wird.

Von Toten rede nur Gutes.

Nachricht im Wohnungsausschuß. Bei Beginn der heutigen Sitzung des Wohnungsausschusses des Reichstages widmete die stellvertretende Vorsitzende Frau Arndts eine Rede dem am Sonntag verstorbenen Genossen Silberschmidt einem warmen Nachruf, indem sie seine besonderen Verdienste auf dem Gebiete der Wohnungsbaufrage und des Mieterschutzes hervorhob.

Diese Mitteilung ist der Abendausgabe des "Vorwärts" vom 2. Dezember 1927 entnommen. Eine Entgegnung in der "Rote Fahne" ist nicht erfolgt, also ist obige Meldung richtig. Die Proletarier mögen sich das nur mal richtig vorstellen: Ein Sozialdemokrat, ein Birker von reinem Wasser, wird von einem Kommunisten für seine Verdienste im Kapitalismus. Der Name Noske ist der Sammelbegriff für die Verdienste der Sozialdemokratie am Proletariat. Diese einmütige Erkenntnis aller revolutionären Proletarier hat für die "einzige" richtige Bedeutung. Die Bedeutung ist, daß die Proletarier nicht das nur noch polnisch in der Zeitung. Sonst ist man schon so versippt und fühlt sich eben in den parlamentarischen Spitzen schon so sicher, daß man sich alles hundertmal parlamentarisch füllt.

Daß nun die sogenannten "Verdienste" dieses Gewerkschaftsbezirks vom Bauwerksbund auch vom kleinbürgerlichen, reformistischen Standpunkt aus läge sind, beweist am besten die "Rote Fahne" vom 11. Dezember, wo sie unter

der Überschrift: "Der Berliner Wohnbaukandal", folgenden Satz bringt: "Berlin abgibt den traurigen Ruhm — und dafür trägt vor allem die SPD die Schuld — trotz ungeheurer Wohnungsnot das Wenigste zu leisten". Die kapitalistische Entwicklung Rußlands bedingt für die von Rußland abhängigen Sektionen immer mehr Fühlungnahme mit den Sozialverrätern, die einst Rosa Luxemburg als die großen Lügner der Weltgeschichte bezeichnete. Es liegt absolut im Fluß der Ereignisse, daß Brandier, der über eine robuste Gesundheit verfügt, am Grabe des deutschen Gallilei eine Rede hält, die denselben Grundzug trägt, wie die der Kommunistin Arndts. Sie sind übrigens einander gleich und wert. Darum rede von Toten nur Gutes.

Aus der Partei.

Forst.

Anfang dieses Monats fand in Forst eine Zusammenkunft aller Leser der "KAZ" und des "Kampfruf" gemeinsam mit den Genossen der dortigen Organisation statt. Zweck derselben war eine Aussprache über die innerparteilichen Streitigkeiten in beiden Organen, welche der Vertreter des "Kampfruf" vom GHA, Berlin war ein Genosse erschienen, der den Versuch unternahm, die Haltung der Körperschaften gegenüber der Opposition zu vertreten. Diesen Ausführungen gegenüber vertraten zwei Genossen der Berliner Opposition den Standpunkt derselben, welchem der Vertreter des GHA, schließlich nichts entgegenzusetzen konnte.

In einer mehrstündigen Aussprache der zahlreich erschienenen Genossen der Organisation und der Leser der Presse erklärten sich alle restlos mit dem Standpunkt der Opposition einverstanden. Nur ein Genosse aus Forst und ein anwesender Genosse aus Kötzbu wollen noch weiter versuchen, im Rahmen der Organisation zu arbeiten, um den GHA zu beiseite zu bringen. Der Boykott der "KAZ" und des "Kampfruf", sowie der Verzicht der Organe der Opposition wurden gleichfalls von dieser Versammlung beschlossen.

„Ein politischer Desperado“.

So bezeichnete die "Kommunistische Arbeiter-Zeitung" in Nr. 80 den Genossen Curt Schmidt, Mitglied der KAP- und AAU-Opposition, Groß-Berlin, 7. Unterbezirk. Auf Grund dieses Artikels setzte der 7. Unterbezirk unverzüglich eine Untersuchungskommission gegen Genossen Sch. ein. Nach Abschluß der Untersuchung kommt die Kommission zu folgenden Feststellungen: Genosse Schmidt wurde durch die des Spartakusbundes gestellt auf Grund von Anschuldigungen des später als Polizeisitz entlarvten Toifl. Hierbei wurden weder die Freilassung des anlässlich der Vorwärtsbesetzung verhafteten Genossen Sch., noch die Unterschlagung einer Schreibmaschine erwähnt, einfach deswegen, weil derartige Anklagen niemals gegen ihn erhoben wurden. Der im Artikel verstreute Verdacht der Spitzelerei wurde durch die auf Veranlassung der Untersuchungskommission schriftlich niedergelegte Erklärung des damaligen Verteidigers des Genossen Sch., des gänzlich uninteressierten Rechtsanwaltes Dr. Nühell, vollständig entkräftet, in welcher derselbe ausdrücklich betont, daß er niemals einen Spitzel verteidigt hätte. Die Anschuldigung der Unterschlagung einer Schreibmaschine wurde von den Artikelschreibern selbst als Irrtum bezeichnet.

Ein als Zeuge vernommenes Mitglied des damaligen Parteigerichts bestätigte die Unrichtigkeit der Untersuchung, daß die damaligen Anschuldigungen gegen den Genossen Sch. als völlig unbegründet erklärt wurden. Diesem Zeugen ist auch nichts von einem späteren Schiedsgericht des Bezirks bekannt.

Die "Kaltstellung" des Genossen Sch. seitens des Bezirks sowie die "Zerschlagung" der "Freien sozialistischen Jugend", Wilmersdorf finden ihre Erklärung in dem Wohnungswechsel des Genossen Sch., der zu dieser Zeit nach Charlottenburg verzog.

Die Tätigkeit des Genossen Sch. im Verein "Freie Schwimmer Charlottenburg 04, E. V." vollzog sich in vollem Einverständnis mit der überwältigenden Mehrheit der Vereinsmitgliedschaft, wie aus den vom Vorsitzenden beglaubigten Protokollen hervorgeht. Festgestellt muß hierbei werden, daß der Genosse Sch. als damaliges Mitglied der KPD-Sportfraktion verpflichtet war, für den Empfang der russischen Schwimmer einzutreten.

Entgegen den Behauptungen der "KAZ" ergibt sich aus den Akten, daß der Prozeß gegen die abgespaltene Kanu- und Segelabteilung bereits im November 1926 beendet war, so daß eine Klageverletzung im Jahre 1927 unmöglich war.

Zusammengefaßt stellt die Untersuchungskommission des 7. Unterbezirks fest, daß der genannte Artikel einzig und allein den Zweck verfolgte, durch Verdächtigungen und Lügen die Opposition in der Person des Genossen Sch. zu infamieren. Das angeklügelte Beweismaterial wie die einwandfreien Zeugen konnten trotz ausdrücklicher Auforderung in keiner Sitzung der Untersuchungskommission vorgelegt bzw. vorgeführt werden.

Jedem Mitglied einer Arbeiterorganisation kann es passieren, daß es auf Grund von Verdächtigungen vor ein Parteigericht gestellt wird. Aus dieser Tatsache allein kann dem Betroffenen kein Vorwurf gemacht werden. Ausschlaggebend ist das Urteil des Schiedsgerichtes.

In dem Artikel wurde als besonders schwerer Vorwurf gegen den Genossen Sch. die Prozeßführung gegen die abgespaltene Kanu- und Segelabteilung erhoben. Eine Prozeßführung gegen reformistische Kapitalsknechte haben auch die KAP- und AAU niemals abgelehnt, wenn es zum Beispiel galt, Genossen gegen die Brotlosmachung durch Betriebsräte und gewerkschaftsanastatische Belegschaften zu schützen.

Die ausdrückliche Erwähnung des KPD-Genossen Thormann als "lächerlichen" Bürgermeister von Köslin in Verbindung mit dem Genossen Sch. ist ein Anknüpfen an die niedrigsten spießbürgerlichsten Instinkte und fällt auf die Verteidiger des Artikels zurück.

Die Untersuchungskommission kann in der gesamten Tätigkeit des Genossen Schmidt nichts erblicken, was ihm als proletarisches Kämpfer zum Vorwurf gemacht werden könnte und überläßt der revolutionären Öffentlichkeit die Beurteilung dieser "sachlichen" Kampfesweise wie des Standpunktes, der mit solchen Mitteln verteidigt werden muß.

Die linke revolutionäre Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Untersuchungskommission des 7. Unterbezirks der KAP- und AAU-Opposition, Groß-Berlin. Trukasitz, Baethke, Schiemannowski, W. Gzanow jun. Breslau.

Zigeuner und Müllkasten.

Pöbel ist das gemeinste Geschlecht Herrs.

Da die führende Clique der Berliner Richtung die "KAZ" zur Ablagerungsstätte für unfähige Gemeinheuten erniedrigt, soll diesen Müllabfuhrleuten hierdurch eine Antwort werden. In Nr. 90/8 der "KAZ" bezeichnet man die Mitglieder der Essener Richtung der KAP als "Zigeuner" und "korrupten Pöbel". Mir sitzt, und anderen Genossen, die Mitglieder der Essener Richtung zum Teil persönlich bekannt, und ich habe die allerhöchste Achtung (und wir alle) gegenüber diesen Menschen sowohl als auch revolutionären Genossen. Daß man das Organ dieser Genossen herabsetzt, verurteile ich. Dem das dieses in der eigenen Druckerei der Berliner Richtung (das ist die Druckerei Erdmann & Co. Die Red.) gedruckt wird, spricht Bände. Geld stinkt nicht, auch nicht in der "revolutionären" Bewegung der KAP., Berliner Richtung.

Da liegt die Korruption wohl besser bei der Berliner Richtung. Die Müllabfuhr ist eine hygienische Notwendigkeit. Wenn man uns — revolutionäre Arbeiter — als unbrauchbar auf den Müllhaufen wirft, so beleuchtet dieses geradezu blendend die Anmaßung und freche Überhebung der führenden Clique der Berliner Richtung. Daß wir hier in Dänemark "nur" zwei Genossen sind, ist ja doch kein Beweis dafür, daß wir geradezu "Konterrevolutionäre" sind. Die Ursachen, daß es hier nicht weiter geht, sind den Genossen in Deutschland und anderswo bekannt. Wir stehen mit den Syndikaten in engem derselben engen Verbindung, wie die Führer der Berliner Richtung und der Buchhandlung, nämlich — geschäftlich. Mit Unorganisierten stehen wir ebenfalls (sehr richtig!) in Verbindung, als Rekrutierungsleiter für die Organisation der Revolution. Wir sind, wer weiß, mit wem noch in Verbindung stehen — ist der Gipfelpunkt einer bodenlosen Gemeinheit, so richtig im statistischen Stil. Viel Glück, ihr statistischen Nachbeter. Wie er sich räuspert, wie er spuckt, das habt ihr ihm glücklich abgequert. Zerdrückt man einen Wanzer, stinkt's.

Da wir in Zusammenarbeit stehen mit allen KAP-Organisationen, auch mit dem „Bund Internationaler Kommunisten“, mit der dänischen Gruppe und der „P. P. F.“, auch mit dem russischen Freidenkerbunde und dem Klub russischer intellektueller (wissenschaftlicher) Freidenker, habt ihr wohl so alle Kreise kennen gelernt, mit welchen wir Verbindung haben.

Unsere Arbeit für den KAP.-Gedanken hat uns hier verhaft gemacht. Mein Sohn ist ausgeschlossen von dem Besuch der dänischen Hochschulen. Zutritt zum verbotenen Gelände unserer gemeinsamen kommunistischen Propaganda. Beweise stehen schriftlich zur Verfügung.

Als KAP.-Genossen haben wir das Recht, in taktischer und theoretischer Angelegenheiten unsere Meinung zu sagen. Wir haben unser Schreiben loyalerweise auch der Berliner Richtung zugehen lassen.

Man legt in der Berliner Richtung soviel Gewicht auf die Äußerungen der holländischen KAP. Eine Frage? Wer sind oder ist die holländische KAP. Berliner Richtung. Um Antwort wird gebeten. Soll jeder kannte und die holländischen Genossen der Essener Richtung und die Genossen des Bundes internationaler Kommunisten kennen niemanden dieser Richtung. Wer ist also diese holländische Gruppe? Ist das Scharrers persönlich bestellte Arbeit?

Solange unsere Äußerungen und Handlungen für die Berliner Richtung brauchbar waren, würden diese als gute Kameraden und Genossen; heute verächtlich nur uns zwischen den Zellen. Das Teufel!

Zur eigentlichen Streitsache werden wir im Laufe dieser Woche noch Stellung nehmen.

Die dänische Gruppe der KAP.

KEZ, ARBETTER-TATLID.

Bemerkung der Redaktion: Der vorstehende Artikel wurde uns von den dänischen Genossen mit der Bitte um Verbreitung übersandt. Wir bringen ihn; trotzdem er von „nur“ 2 Genossen kommt, die, wie wir wissen, unter den ganz besonderen dänischen Verhältnissen einen schwereren Stand haben.

Für den Pressedienst gingen ein:

Gen. Anton Pannekoek, Amsterdam 10.— RM
Gen. Reinhard Hahn, Berlin, 7. U-Bez. 5.— RM

Für die politischen Gefangenen:

Betrieb Bertel, Frankfurter Allee 13, aus der Betriebskasse durch Gen. W. Sydel, 2. U-Bez. 25.— RM
Ehemal. "Entsch. Linke", 2. U-Bez. 190 RM
Teilersammlung öff. Versammlung 920 RM
Fünf Postkarten, 5. Bezirk 50 RM
Pflichtbeiträge Berlin 6834 RM

Organisations-Kalender.

1./5. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Gessat, Grandenzersstr. 3.
2. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Oehlshäger, Berlichingenstr. 5.
3. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Franzel, Reinickendorferstr. 42.
4./18. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Parjes, Hufelandstr. 32.
7. Unterbezirk: Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im Lokal Koch, Schillerstr. 75.
Ortsgruppe Forst (N.L.): Jeden Sonntag, vormittags 10 Uhr. Sitzung der KAP. und AAU. im Restaurant Ermisch, Kottbuserstraße. Leser unserer Presse und Sympathisierende sind eingeladen.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit ab „Kommunistischer Arbeiter“ Organ der „Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition“ (Vor- und Zuname) (Wohnort und Straße)

Dieser Bestellschein ist an die Zeitungsträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 1.

Kommunistischer Arbeiter-Zeitung

Preis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands + Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationsstellen der Partei, oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98. Januar 1928. Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht angenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Mahnruf der Toten!

„O stehst gerüstet, seid bereit, o schaffet, dass die Erde, darin wir liegen strack und starr, ganz eine freie werde. Dass fürder der Gedanke nicht uns stören kann im Schlafen, sie wärd frei ... doch wieder jetzt und ewig sind sie Sklaven.“

Fast ein Jahrzehnt ist vergangen seit dem heroischen Versuch des Berliner revolutionären Proletariats, aus der halben deutschen Revolution eine ganze zu machen. Angesichts der brutalen Kapitaloffensive gegen das Proletariat, angesichts des vollständigen Bankrotts aller reformistischen Organisationen ist es eherner Müß, immer wieder die Lehren aus den Kämpfen und Niederlagen des Proletariats zu ziehen.

1918 brach der Versuch zusammen, die Widersprüche des Kapitalismus mit Waffengewalt zu überwinden. Über 10-Millionen Tote, eine unheimliche Zahl Verstümmelter, dazu vollständige Unterernährung brachten das Proletariat endlich dazu, die Parole der Bourgeoisie und ihrer willfährigen Lakaien, der Sozialdemokratie: Durchhalten, auszuliegen und Müllhaufen seine eigene Klassenlösung entgegenzusetzen. Dasselbe lautete: „Alle Macht den Räten.“ Doch was das russische Proletariat unter der Führung der Bolschewiki damals 1917 radikal durchführte, harrte in Deutschland, dem Lande der besten Arbeiterorganisationen, noch der Lösung. Der deutsche Proletarier war trotz des 50monatlichen Kriegszwangs seinen sozialdemokratischen Philistern noch nicht los. Als es 1918 galt, mit eherner Faust und rücksichtsloser Gewalt die Vertreter der Bourgeoisie und ihre Lakaien, die sozialistischen Renegaten, beiseite zu schieben, da kollerte es sich mit ihnen und triefte vor Pazifismus und Friedensduselei. Unter dem verlogenen Geschrei:

„Wir wollen keinen Bürgerkrieg!“ war es der Konterrevolution möglich, breite Proletariatsmassen für sich zu gewinnen und selbst den Bürgerkrieg zu organisieren.

Schon am 10. November errang die Konterrevolution ihren ersten Sieg, als im Zirkus Busch durch die Soldatenteile, in denen viele Offiziere saßen, eine Kritik an dem sozialdemokratischen Verrat abgelehnt wurde.

Am 6. Dezember wälzte sich schon 14 Proletarier in der Chausseestraße in ihrem Blute, niedergeschossen von weingardistischen Gardesoldaten.

Diesem ersten Versuch, das Proletariat niederzuschlagen und die begonnene proletarische Revolution im Blute zu erstickern, folgte am 24. Dezember der zweite. Die Volksmarinedivision, eine der Revolution treue ergebene Truppe, wurde auf Geheiß der sozialdemokratischen Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann in ihren Quartieren, Schloß und Marstall, beschossen. Trotz des militärischen Sieges der Matrosen, welcher nur durch die Unterstützung bewaffneter Arbeiter möglich war, die die Fronttruppen im Rücken bedrohten, siegte auch hier ideologisch die Konterrevolution. Die Volksmarinedivision hatte sich nämlich verpflichtet, in Zukunft keinen Angriff mehr auf die Regierung zu unternehmen, was praktisch bedeutete, sich auszuschalten bei Kämpfen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, denn wenn auch die Bourgeoisie offiziell von der politischen Bühne abgedankt war, so wurde sie desto stärker von den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führern vertreten.

Ein wichtiger Aktivposten des Revolution war das Polizeipräsidium. Etlich Monate später kam direkt aus den Händen der Revolution erhalten. Nach der Neutralisierung der Matrosen galt der konzentrierte Angriff der Konterrevolution dem Polizeipräsidium. Dem willfährigen Knecht der Bourgeoisie, Eugen Ernst, sollte das Amt überlassen werden. Die revolutionären Proletarier beantworteten diesen Streich mit dem Aufstand, der einzig möglichen Antwort.

Genüß wurden Fehler begangen. Die Besetzung der Druckereien und des Polizeipräsidiums bedeutete Zersplitterung der Kräfte. Auch eine einheitliche Leitung fehlte. Dem deutschen Proletariat fehlte die Erkenntnis, die es nur selbst gewinnen kann aus seinen eigenen Kämpfen und Niederlagen. Während ein kleiner Teil der Unabhängigen mit dem Spartakusbund gemeinsam kämpfte, war der größere Teil der USPD, zu Verhandlungen bereit. Diesen benutzte geschickt die sozialdemokratische Meute, um in der Umgebung von Berlin die weingardistischen Kräfte zu konzentrieren und dann den Gegenangriff planmäßig zu leiten. Während die revolutionären Pro-

letarier kämpften und Menschen wie Schwerte schonten, mordeten und plünderten die weingardistischen Horden unter dem freizeitschönen Beifall der gesamten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Presse. Proletarier wurden von einer vertrieben und besoffenen Soldateska wie Vieh durch die Straßen getrieben, gehauen, gepöbelt und auf der Flucht erschossen. Wo sie alle verscharrt sind, wird erst noch aufgedeckt werden. Es werden noch mehr solcher angeblichen „Pestfriedhöfe“ wie im Ulap existieren.

Die Lehre des Spartakusaufstandes ist eindeutig und klar. Sie haben richtig gehandelt. Schon dadurch, daß sie konsequent haben sie dem stets verhandlungsbereiten Proletariat den Weg gewiesen.

Angesichts der brutalen, aber ehrenden Sprache der Bourgeoisie, die die sozialdemokratischen Kleinbürger nur noch in der Stunde der Gefahr braucht, angesichts der Streikverbote, des Schlichtungsschwinds, der Rationalisierung, d. h. der gesteigerten und raffinierteren Ausbeutung eines Teils des Proletariats, während der andere Teil auf den Sklavenmarkt getrieben wird, gewinnt der erste heldenhafte Versuch des revolutionären Proletariats, der heuchlerischen Demokratie der Bourgeoisie den Todesstoß zu versetzen, ungeheure Bedeutung. Die Proletarier sind nach 9 Jahren des Hineinwachsens in den Sozialismus bei der schwärzesten Reaktion gelangt. Geschlagen auf der ganzen Linie, stehen sie vor dem Trümmerhaufen ihrer Illusionen. „Nichts, aber auch gar nichts, hat die Bourgeoisie von den sogenannten Ertragsgeschäften bestehen lassen.“

Unter ungeheuren Opfern, unter den schwerigsten Verhältnissen hat sich in Rückzugsgeschichten das revolutionäre Proletariat das geschaffen, was den Helden des Januar 1919 noch fehlte: das revolutionäre Programm, als Konzentrierung einer revolutionären Theorie.

Kampf aus und von den Betrieben um die Betriebe. Aktionsausschüsse als Vorläufer der revolutionären Räte. Ausdruck des Kampfwillens und der Kampftatschlossenheit zur Überwindung des Zunft- und Berufsdenkels und der damit zusammenhängenden Gewalt der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führermeute beider Richtungen über das Proletariat.

Räte in der Kommune. Räte im Staate. Jederzeit aberbar. Nur als Beauftragte des revolutionären Proletariats handelnd. Nicht Monarchie oder Republik steht auf der Tagesordnung der Geschichte, sondern Kapitalismus oder Kommunismus.

Hinter den Feldgeschrei: Demokratie und Republik verborg sich schon 1919 im Januar die gesamte Konterrevolution. Ihr Weg kostete dem Proletariat 20000 seiner Besten. Ihr Weg brachte dem Proletariat aber keine Lösung. Nach wie vor stehen ungeklärt die Fragen, die schon 1914 bei Beginn des Weltkrieges zu lösen waren.

Entweder Fortbestand des Kapitalismus, d. h. gesteigerte Ausbeutung unter dem stärksten politischen Druck für den einen Teil des Proletariats, während der andere, herausgeschleudert aus der Produktionsmaschinerie, auf dem Stempelmarkt dem langsamen, aber sicheren Hungertod entgegengeht, oder Sturz dieser furchtbaren Gesellschaftsordnung, deren Leitmotiv der Profit ist und Errichtung der Bedarfswirtschaft, des Kommunismus.

Für den Kommunismus, für das Höchste der Menschheit kämpfen die Spartakushelden. Wenn wir ihrer gedanken und die Fahnen über ihre Gräber senken, dann geloben wir, es ihnen gleich zu tun, dem die proletarische Revolution, deren höherer Odem die Todeskrise des Kapitalismus ist, lebt.

Wenn das Proletariat nun den Weg überschaut, den es auf Geheiß der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen „Führer“ gegangen ist, der angeblich zum Sozialismus führen sollte, so muß es zu der Erkenntnis kommen, durch welche

trotz alledem!



Praxis des Leninismus.

Der chinesische Bürgerkrieg.

Die Rolle der Komintern.

Seit einigen Jahren tobt in China der Klassenkrieg, der bis auf den heutigen Tag noch nicht entschieden ist. Er trägt nicht das klassische Gepräge, wie einst der französische Bürgerkrieg, der markant die Klassen schied und ihre Gegensätze klar ausdrückte. Die Klassenentscheidung in China wird oft durch den nationalen Kampf künstlich überbrückt, und der Krieg der chinesischen Generale untereinander verweicht das offene Gesicht des Klassenkampfes. Wir haben daher im chinesischen Bürgerkrieg kein einheitliches Bild des Klassenkampfes zu verzeichnen, sondern die gesellschaftlichen Gegensätze treten meistens verzerrt in Erscheinung. Wohl kämpfen die armen Bauern und Industriearbeiter gegen den Feudaladel der Großgrundbesitzer und gegen das städtische Bürgertum, doch tritt dieser Kampf durch die Claquekämpfe der Generale, die wieder verschieden orientiert sind, in den Hintergrund.

Die Bewaffnung der Schanghai Arbeiter im April dieses Jahres und der Kantoner Aufstand, sind die ersten revolutionären Aktionen der chinesischen Arbeiterklasse gegen ihre Klassenfeinde.

Bisher befand sich die proletarische Bewegung im Schlepptau der Kuomintang, der bürgerlichen nationalen Partei Chinas, die die Freiheit der chinesischen Bourgeoisie erstrebt. Das Programm der Kuomintang ist ein demokratisch-kapitalistisches und hat mit proletarischen Zielen und Grundsatzen nichts zu tun. Wenn trotzdem das chinesische Proletariat unter der Fahne seiner Klassenfeinde kämpfte und noch heute, nach der verbrochenen Handlungsweise der Kuomintang, in dieser Partei organisiert ist, so beweist das nur, wie wenig bis jetzt das chinesische Proletariat seine Klassenaufgaben verstanden hat.

Als Marxisten wissen wir sehr gut, daß das Proletariat in seinem Befreiungskampf keine Bundesgenossen hat und auf seine eigene Kraft als Klasse bauen darf, wenn es siegen will. Auch für das chinesische Proletariat gilt diese Erkenntnis, und auch für den nationalen Kampf der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse ein Anlaß sein, ein Bündnis oder gar Bürgertum zu schließen. Die Niederlagen der chinesischen Arbeiterklasse beweisen uns, wie falsch es ist, wenn das Proletariat im nationalen Interesse ein Stück Wegs gemeinsam mit der Bourgeoisie geht. Das Bürgertum ist nur solange ein proletarisches Feind, als diese auf seine eigenen Klasseninteressen verzichtet, doch in dem Moment, wo das Proletariat eigene Forderungen und Bedingungen stellt, hebt die Bourgeoisie jeden Pakt auf und schlägt das Proletariat blutig nieder, wenn es sich nicht willig der Diktatur der besitzenden Klasse fügt.

In China fängt jetzt langsam das Proletariat an, diese marxistische Binsenwahrheit zu verstehen; doch sind die Ansätze hierfür noch schwach. Es taucht die Frage auf, warum das chinesische Proletariat solange für seine eigenen Unterdrücker seine Energien opferte. Erstens ist einmal die Arbeiterbewegung in China sehr schwach und erst in ihren Anfängen begriffen und hat keine großen geschichtlichen Erfahrungen. Zum Zweiten hat die russische Politik der Komintern viel dazu beigetragen, daß die chinesische Arbeiterklasse nur das Werkzeug der bürgerlichen Kuomintang war und ihre Klasseninteressen zurückstellte. Gerade die zweifelhafte Politik der Komintern hat viel zur Niederlage der chinesischen Arbeiterklasse beigetragen. Es ist daher notwendig, dokumentarisch zu skizzieren, welches Doppelspiel Moskau auch in China treibt.

Es wird von dieser Seite stets behauptet, das chinesische Proletariat müßte vor allem gegen den Imperialismus Englands, Amerikas und Japans kämpfen, und die Partei, die für diesen Kampf in Frage kommt, ist die Kuomintang. Tatsache ist jedoch, daß weniger ein national beeinflussten Kolonialproletariat den Imperialismus schlagen kann, als die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Mutterländern. Auch die Komintern weiß das, und trotzdem trieb sie solange die chinesischen Proletariat in die Arme der nationalen Kuomintang, bis dieselbe die russischen Vertreter ermordete und vertrieb.

Heute wütet der weiße Schrecken der Kuomintang in China und metzelt alles nieder, was proletarische Interessen vertritt. In Kanton wurden am 16. und 17. Dezember 3000 Proletariat hingerichtet von den Machthabern der Kuomintang, als sie den Versuch machten, besaßent selbst ihre Geschichte zu lehren, was erst jetzt, nachdem sich auch die Bajonette gegen die russischen Vertreter richten, rückt die Komintern von dieser bürgerlichen Partei ab. Welche traurige und konterrevolutionäre Politik Rußland in China betrieb, zeigen uns am besten ihre eigenen Wandlungen. Am 24. März 1927 schrieb die „Rote Fahne“ vom „wachsenden Einfluß der Kommunisten“ in der Kuomintang und stellte eine Linksentwicklung derselben fest. Am 8. April, eine Woche vor der blutigen Niederschlagung der Schanghai Arbeiterwehren durch die Kuomintang, brachte die „Rote Fahne“ einen gemeinsamen Aufruf der KPC, und der Kuomintang. In demselben preist man noch besonders die Einheitsfront mit der Kuomintang und lobt sie folgendermaßen:

„Ein Bündnis zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei ist notwendig. Die Kommunistische Partei Chinas erkennt mit Bestimmtheit an, daß keine Veranlassung vorhanden ist, die Notwendigkeit der Kuomintang und ihrer Grundätze im Verlauf der Revolution anzuzweifeln. Nur wer an dem Fortschritt der chinesischen Revolution verzweifelt, kann an einen Sturz der Kuomintang denken.“

Nachdem am 15. und 16. April 1927 die Militäristen der Kuomintang den Aufstand des chinesischen Proletariats blutig erstreckten, schrieb trotzdem noch die Komintern sympathisch für diese chinesische Neokomperteil. Bucharin äußerte sich in einem Artikel der „Rote Fahne“ vom 30. April 1927: „Werbung von Mitgliedern für die Kuomintang, Stärkung der kommunistischen Partei mit allen Mitteln — alle diese Aufgaben müssen jetzt in den Vordergrund gestellt werden.“ Moskau hielt im Interesse seiner Nep und seiner kapitalistischen Beziehungen, weiter an der Bündnispolitik mit der Kuomintang fest, trotzdem dieselbe nach der Schanghai Arbeitermord offen ihr antiproletarisches Gesicht zeigte. Man zog keine Lehren aus dem Tönschen der Klassenregimente und setzte die allbekannte Zellentaktik solange in der Kuomintang fort, bis die Verhältnisse selbst diese Politik des Verrats unmöglich machten. Erst als die Kuomintang offen gegen Rußland den Kampf aufnahm, änderte Moskau seine Politik und erkannte einmütig, daß die Kuomintang die Partei der Konterrevolution ist. Lange Zeit stellte die Komintern die Politik Tschangkaishangs als eine persönliche, die im Widerspruch stünde zu der Linie der Kuomintang, und erst am 18. Dezember 1927

Komm. Arb.-Partei — Opposition

Ortsgruppe Groß-Berlin

Gedenkfeier

dem Gedächtnis **Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs** und den tausenden Opfern der Revolution gewidmet

Sonnabend, den 14. Januar 1928

in der Stadthalle, Berlin, Klosterstraße

Aus dem Programm:

Musik • Gesangschor • Rezitationen • Sprechchor

Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr Rauchen nicht gestattet.

Karten zum Preise von 50 Pf. (Erwerbslose 30 Pf.) sind in den Bezirksbüros der K.A.P. und Union, sowie bei den Zeitungsträgern der Organisationen, zu haben.

nahm zum erstenmal die KPD-Stellung gegen sie. Die „Rote Fahne“ schreibt darüber folgendes:

„Jetzt steht die Kuomintang an der Spitze des Feldzuges gegen die Arbeiter und Bauern. Sie ruft öffentlich ihre neue Orientierung der Annäherung an die imperialistischen Mächte und sieht nur eine Gefahr, die nationalrevolutionäre Front der Arbeiter, Bauern und der radikalen Kleinbürgerlichen Armut. Sie begnügt sich mit der Freiheit, die ihr vom Imperialismus gewährt wird, der Freiheit zur Niederschlagung der Revolution. Unter dem Schutz des Imperialismus und unter der Fahne der Kuomintang morden die Generale die revolutionären Arbeiter und Bauern.“

Nachdem die Politik der Komintern vollständig zusammengebrochen ist, und nachdem auch ihre Vertreter von seiten der Kuomintang vertrieben hat, kommt jetzt erst ihre späte „Einsicht“. Es ist aber noch nicht einmal diese Einsicht, sondern die russische Politik ließ sich nur von den Verhältnissen treiben, anstatt ihr Ziel und Richtung zu geben. Wie war es sonst möglich, daß Bucharin noch am 30. April 1927, nach dem ersten Arbeitermord der Kuomintang, als Theoretiker noch für Werbung von Mitgliedern für die Kuomintang auftraten konnte.

China zeigt wieder einmal, welche verräterische Rolle die Komintern dem revolutionären Proletariat gegenüber spielt, und daß erst die harte Tatsache des Massenmordes an 3000 revolutionären Kantonern Proletariern sie zwang, den Kurs zu ändern. Eine Internationale, die erst dann den Klassenfeind erkennt, wenn er schon bereits das Proletariat mordet, hat keine Existenzberechtigung. Erst wenn das Proletariat erkennt, daß die Interessen des revolutionären Proletariats andere sind, als die von Rußland vertretenen, erst dann wird das Weltproletariat erkennen, welche verhängnisvolle Politik Rußland treibt, und was ganz besonders die chinesischen Ereignisse klar beweisen.

Der Kantoner Aufstand war der erste Versuch der jungen chinesischen Arbeiterbewegung, den Kampf aufzunehmen für die eigene Klasse. Mit den bestialischsten Mitteln wurde er von der Kuomintang niedergeschlagen, der Partei, die Moskau Zuträgen leistete, um die chinesische Arbeiterklasse von den Lehren aus den Klassenkämpfen zu trennen, daß es nicht zu wählen hat zwischen dieser oder jener Generalie, und nicht für nationale, sondern für die eigenen Klasseninteressen zu kämpfen hat, dann werden die ungeheuren Opfer der chinesischen Arbeiterklasse nicht umsonst gefallen sein.

Eine neue Zeitung unter alter Flagge.

Der „Volkswille“ (Suhl), bisher Organ der KPD, Thüringens, ist ab 1. Januar Reichsorgan der Opposition (Marxisten-Leninisten) in der KPD geworden und erscheint weiter als Tageszeitung.

Im Interesse einer immer notwendiger werdenden Klärung werden wir erst jetzt, nachdem sich auch die Bajonette gegen die russischen Vertreter richten, rückt die Komintern von dieser bürgerlichen Partei ab. Welche traurige und konterrevolutionäre Politik Rußland in China betrieb, zeigen uns am besten ihre eigenen Wandlungen. Am 24. März 1927 schrieb die „Rote Fahne“ vom „wachsenden Einfluß der Kommunisten“ in der Kuomintang und stellte eine Linksentwicklung derselben fest. Am 8. April, eine Woche vor der blutigen Niederschlagung der Schanghai Arbeiterwehren durch die Kuomintang, brachte die „Rote Fahne“ einen gemeinsamen Aufruf der KPC, und der Kuomintang. In demselben preist man noch besonders die Einheitsfront mit der Kuomintang und lobt sie folgendermaßen:

Klassengenossen! Vergeßt das nie!

Das Leichenhaus.

Viel hundert Tote in einer Reih' Proletariat!
Es fragen nicht Eisen, Pulver und Blei,
Ob einer rechts, links oder Spartakus sei Proletariat!

Wer hat die Gewalt in die Straße gesandt? Proletariat!
Wer nahm die Waffen zuerst zur Hand
Und hat auf ihre Entscheidung gebrannt? Spartakus!

Viel hundert Tote in einer Reih' Proletariat!
Karl, Radek, Rosa (und Kumpanei)
Es ist keiner dabei, es ist keiner dabei, Proletariat.

Arthur Zickler,
im „Vorwärts“ vom 15. Januar 1919.

verbrauchen, während die Zeitung selbst auf Arbeitergroßchen gestellt sein soll.

Der „revolutionäre“ Parlamentarismus, eine ganz besondere „Stärke“ der Ruthenen, kommt in einer über eine Seite langen abgedruckten Rede des Landtagsabgeordneten Bartels zum Preußenrat zur Geltung, die sich im wesentlichen mit den Verherrlichungen der KPD beschäftigt. Wir hören so die interessante Tatsache, daß die KPD beim letzten Braunkohlenarbeiterstreik die Parole ausgegeben hat, „die einheitliche Aktion (der konterrevolutionären Gewerkschaften; D. Red.) nicht zu stören“.

Nach der Rede von Bartels haben die KPD-Parlamentarier in Mecklenburg-Schwerin zusammen mit den dortigen Regierungsparteien den Notetat bewilligt, der folgendermaßen aussieht:

für die Justiz 3 188 000 RM,
für Polizei und Gendarmerie 460 000 RM,
für die Ordnungspolizei 2 334 000 RM,
darunter Spitzelgelder in Höhe von 40 000 RM.

Diese „anonyme Koalitionspolitik“ der KPD ist allerdings nichts Neues mehr und eine Binsenwahrheit ist es, wenn Bartels davon spricht, „daß dieser kapitalistische Staat kein neutrales überparteiliches Gebilde sein kann“, daß man ihm also „als dem Ausdruck des gesamten kapitalistischen Systems nur in schärfster Kampf- und Frontstellung gegenüberstehen muß“. Ebenso klar ist es, daß die preußische Regierung mit dem sozialdemokratischen keine andere Funktion ausübt, als die Bürgerblockreichspolitik — nämlich die Niederhaltung des Proletariats. Wenn Bartels der SPD vorwirft, sie wäre beim Braunkohlenarbeiterstreik mit dem Einsetzen politischer Straßkräfte gegen die Arbeiter einverstanden gewesen, so ist das der Sache nach richtig, aber — haben die Ruthenen nach ihrer ganzen Vergangenheit ein Recht dazu? Sind sie mit ihrer Volksblocktheorie berechtigt, der jetzigen Führung der KPD „anonyme Koalitionspolitik“ vorzuwerfen? Wir sagen nein, denn haben es früher nicht nötig selber gemacht.

Wie doppelzüngig wirkt es, wenn Bartels sagt: „es ist unvereinbar mit einer revolutionären Gesinnung... wenn die heutigen kommunistischen Parlamentarier... diesem Klassenstaat und seinem Unterdrückungsapparat Mittel bewilligen“.

Diese elende Heuchelei muß entsprechend beleuchtet werden. Die Ruthenen spekulieren, wie jede andere parlamentarische Führungskraft, auf die (leider so starke) Vergesslichkeit der deutschen Arbeiter; wir hoffen, ihnen das im Interesse der revolutionären Arbeiterschaft ein wenig zu erschweren.

Hören wir also selbst, wie sie einst, als sie noch die Macht in der KPD hatten, über diese Fragen dachten. Auf dem Mai-Zentral-Ausschuß der KPD, im Jahre 1925, referierte Ruth Fischer. Das Referat ist in einer als Manuskript gedruckten und von der damaligen Ruth Fischer-Zentrale herausgegebenen Broschüre (20. Mai 1925) „Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD“ enthalten. Dort sagt R. F. auf Seite 62: „Es besteht, scheinbar die größten Schwierigkeiten, ob man auch ohne Bedingungen durch Stimmhaltung eine bürgerlich-republikanische Regierung ermöglichen soll. Ich möchte ganz klar darauf antworten: Wenn wir wissen, daß es uns im Lande schadet, daß wir in eine Falle gelockt werden, wenn wir immer mit den Deutschen eine republikanische Regierung stützen, ohne daß der Arbeiter etwas anderes bekommt, als eine ihm reaktionärer erscheinende Regierung, sage ich, ist es richtig, eine solche Regierung nicht zu stützen.“ Es hätte eine Lage kommen können, daß man uns auf unser Angebot nicht geantwortet hätte, und wir hätten trotzdem die Braunregierung zu stützen abgelehnt. „Eine solche Politik kann nicht nur in Deutschland notwendig sein, sie kann ebenso gut in Frankreich bei einem Linksblock oder in den Balkanländern zweckmäßig sein.“

Wenn man dabei verzweifelt, daß auch die Regierungsfrage nach der Existenz Sowjetrußlands anders steht, daß gebracht mit die Dinge von einem Kirchturnstunde; und wenn man sich ebenso ein Feind des proletarischen Staates wie Hindenburg, — eben ein — unter Hindenburg — gestandenes reaktionäres Deutschland ist gefährlicher... Nun die Frage des Budget... Das ist absolut keine prinzipielle Frage... Prinzipiell soll man verstehen, daß die Maschinengewehre, die wir dem Severing verweigern, dem Schlange-Schönigens (Deutschnationalen) in die Hand kommen.“

Die ruthenischen Arbeiter mögen diese Rede einmal genau mit der „revolutionären“ Parlamentsrede von Bartels vergleichen, und sie werden die ganze Prinzipienlosigkeit und schamlose Verlogenheit ihrer Führungskraft begreifen. Wenn sie aber dann von Bartels weiter hören: „Eine Partei, die vorgibt, eine Arbeiterpartei zu sein, darf niemals für die Organe des Klassenkampfes-Interessens wahrnehmen und... derartige Mittel bewilligen“, dann werden sie schließlich auch begreifen, daß sie, wenn sie nicht endlich prinzipielle Konsequenzen ziehen, immer und ewig eine Meckeropposition darstellen werden, die von niemandem mehr ernst genommen werden kann.

Schließlich und endlich werden sie aber selbst merken, daß dieser klaffende Widerspruch zwischen der „Theorie“ (lies Phrasologie) und Praxis ihrer „Führer“ in nichts anderem liegt, als in der Logik jeglicher parlamentarischen Betätigung, die worden ist, und die folgerichtig stets zur Politik des sogenannten kleineren Übels führt. Daher auch lieber dem Severing als den Deutschnationalen die Maschinengewehre, trotzdem die der sozialdemokratischen Bluthunde (alle revolutionären Arbeiter haben das erfahren) genau so gut, ja noch besser, auf revolutionäre Arbeiter geschossen haben.

Dies für heute. Mögen die ruthenischen Arbeiter hierüber nachdenken und mögen sie dabei bedenken, daß sie sich selber als Klassengenossen auf eigenen Leibe schädigen, wenn sie weiter eine derartige verlogene Zweideutigkeit unterstützen und vertreten, denn oft genug sind sie bisher vor die Maschinengewehre geraten, die ihre „Führer“ bewilligt hatten. Die Lösung und der einzige Ausweg aus dieser Zweideutigkeit kann nur die Erkenntnis sein: Hinweg mit jeglichem Parlamentarismus, und wenn er noch so „revolutionär“ aufgemacht ist.

Funktionsärkurus

der KAP- und AAU-Opposition jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal Oehlschläger, Moabit, Berlichingstr. 5.

Bestellschein.

Ich bestelle hiermit ab

„Kommunistischer Arbeiter“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei — Opposition

(Vor- und Zuname)

(Wohnort und Straße)

Dieser Bestellschein ist an die Zeitungsträger der Organisation abzugeben oder per Post als Drucksache einzusenden an **Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 98.**

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: **Hermann Beyer, Berlin N. 39.** Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 4

2. Jahrg. Nr. 2.

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baetke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Februar 1928
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baetke, Bin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht angenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Krisenluft.

Seit Monaten soll es kriseln. So behaupten wenigstens die linken parlamentarischen Parteien und ihre Blätter. An der Spitze natürlich marschieren die beiden „einzigen Arbeiterpartei“ mit ihren Organen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“.

Was kriselt denn nun eigentlich? Die Außenpolitik des Herrn Stresemann, die bisher ganz nach dem Geschmack der „Völkerbefreier“ war und ihre volle Zustimmung und aktive Unterstützung fand, soll plötzlich ihren Kurs geändert haben. Stresemann, Stresemann, so heult der „Vorwärts“, rede nicht mehr, sondern bekenne dich zur Tat, ob es so bleiben soll oder nicht; denn der Kurs, der von den Deutschnationalen, dieser stärksten Regierungspartei gewünscht wird, führt zum Zerwürf mit Frankreich. Und dies bedeutet einen neuen Weltkrieg. Weiteres muß sich der Leser denken; nämlich, daß dann die Sozialdemokratie wieder fürs Vaterland (lies „Profit der Bourgeoisie“) ins Feld zieht, d. h. die Proleten hindennimmt wie anno Tobak 1914 usw., ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Das beängstigt diese Berufsverräter des Proletariats so sehr, daß sie hinter diese offenen militärischen Metzger und Abwürger der Billie der Menschheit steht, trotz aller neuen Rebellion, und wie diese endet, ob so wie 1918 und 1919 bis heute — wagt nicht mal Gustav Noske zu behaupten.

Die freche Sprache eines Teiles der deutschen Bourgeoisie, die absolut von sich Daweslasten befreit werden will, ist doch nur der Ausdruck ihres neuen Kraftbewußtseins. Durch die Zurechtberolle der Gewerkschaften das deutsche, gut organisierte Proletariat seinem Tode hin zu einer neuen Atempause verholten, die geschickt vom Klassenfeind ausgenutzt wird.

Krisen soll es auch in der herrschenden Regierungskoalition, dem sogenannten Bürgerblock. Als wenn es einen Unterschied gibt zwischen den Brüdern Hindenburg, Stresemann, Marx, Noske und Brandler. Alle stehen auf dem Boden der Verlassung dieser Republik.

Dieser Bürgerblock, der augenblicklicher Vollzugsausschuß der herrschenden Klasse ist, soll nicht mehr regierungsfähig sein. So sagen wenigstens SPD, und KPD.

„Fort mit diesem Reichstag“ brüllt die „Rote Fahne“.

„Weltwahljahr 1928“, so frohlockt der „Vorwärts“. Durch Demokratie zum Weltfrieden und später mal vielleicht auch zum Sozialismus, wie sie ihn auffassen.

Während die wahlhungrigen Proletariat schon jetzt zum Teil von der Abrechnung mit dem Stimmzettel träumen, handelt der Vollzugsausschuß der Bourgeoisie ganz zielbewußt. Ein reaktionäres Gesetz nach dem anderen erblickt das Licht der Welt, so wie es die Profitinteressen der einzelnen Kapitalgruppen begibt. Die Krantjunker bekommen die Zollmauer und „notwendige“ Kredite.

Die Schlotbarone und Industriertier haben ja schon den elastischen (?) Achtstundentag ihrer Proleten durch sozialdemokratische Schlichter zugesprochen bekommen. Von den Gewerkschaftsbesitzern haben sie Auskunft und Zustimmung zur Rationalisierung, d. h. zur raffiniertesten Ausbeutung erhalten. Damit dieses auch funktioniere, wären Schlichtungsordnung und Schiedsgerichtsgesetze ebenso notwendig wie Verbot aller Streiks, die gegen diese freigerwerblichen Faschismus ansprechen. Abbau der Sozialleistungen auf der einen Seite, dafür auf der anderen erhöhte Abzüge vom Arbeitslohn, gehören nach kapitalistischem Prinzip untrennbar zusammen und vervollständigen das Bild des „marschierenden Sozialismus“.

Frei nach Scheidemann und des selig entschlafenen Fritz I. Auch eine Justizkrise soll es geben. Die Justiz, die schneidigste Waffe der herrschenden Klasse, befindet sich erst dann in einer entscheidenden Krise, wenn die Proleten mit Hohngeächeln die Zeitungen „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ zur Seite legen und erkennen, daß die Ideen einer Zeit die Ideen der herrschenden Klasse sind, welche man nur durch die Klassenolidarität der ausgebeuteten Klasse bekämpfen und überwinden kann.

Während dem Proletariat durch seine Berufsverräter alles mögliche vorgegaukelt wird, damit es bald reif zur Wahl ist, geht der „Klassenkampf“ unerbitlich weiter.

Schiedspruchgullotine — Streikverbote kann und darf man nicht gleichmäßig anwenden. Es würde sonst die „freie Republik“ der Welt zu sehr dem Mussoliniland gleichen.

1928 ist nicht nur Weltwahljahr, sondern gewerkschaftliches „Kampf“- (nicht Krampf)jahr. Vom Dezember 1927 bis Juni 1928 laufen zirka 300 Tarifverträge ab, die vier Millionen Ausbeutele betreffen. Gegen Ende März sind es zirka 170 Tarife mit 2 1/2 Millionen Proletariern. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbesitzer ist es nun, aufzupassen, daß nicht zuviel Schafe die Hürde durchbrechen und eventuell andere Wege gehen. Nach Möglichkeit werden die Berufsgruppen für ihre rein „wirtschaftlichen“ Interessen verpflichtet, alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, dann an den Staat appelliert, der angeblich über den Klassen stehen soll; und wenn dann dieses alles nichts nützt, dann gestattet man auch mal einen Streik, so wie jetzt in Mitteldeutschland den Metallarbeitern, die zum großen Teil noch ausgespart sind. Die Symptome einer Volkskrisis gehört es, verkündet dann der „Vorwärts“. Der Sieg ist nicht fern — usw. Und wenn dann nach Wochen die Zermürbung da ist und endlich ein Vergleich zwischen den Industrieewaltilen und den Sklavenländern geschlossen ist, und die Proletariat ernsthaft die Ursachen ihrer laufenden Niederlagen diskutieren und auch erkennen, dann, ja dann — und das ist die Krise, die ernsthaft besteht und gelöst werden muß, — kommen die traurigen „Kommunisten“ der „Roten Fahne“ und überschreiben sich: „Proletariat, rette die Gewerkschaften, das sind eure Klassenkampfororganisationen“.

So wie der Kapitalismus seine schwarze Krise; seine End- und seine Todeskrise durchlebt, aus der er für ihn kein Entkommen gibt, so erlebt auch parallel das Proletariat seine Organisationskrise.

Organisationskrise darum, weil alle seine Organisationen, die als Grundlage die kapitalistische Profitordnung haben, ebenfalls dieselben Erschütterungen erleben.

Darüber kann auch ein kleiner zahlenmäßiger Aufstiege der Orgeschgewerkschaften nicht hinwegtäuschen, ebenso wenig, wie zahlenmäßiges Anwachsen der Parlamentsmandate entscheidend ist.

Die Proletariat gehen nicht mehr, innerlich so fest überzeugt vom Sieg des Stimmzettels wie 1919, zur Wahl, trotzdem sie noch gehen.

Die Proletariat gehören zum großen Teil nur noch widerwillig den Orgeschgewerkschaften an, trotzdem sie ihnen noch angehören.

Die 3. Internationale, der verlängerte außenpolitische Arm Rußlands, befindet sich in Gestank verbreitender Verwesung. Die einzelnen Sektionen befinden sich in voller Auflösung. Zum Untertuchen in die Parteien der Vaterlandsverteidigung um jeden Preis steht nur noch eine gewisse Tradition im Wege. Die Front wird aber immer klarer. Die Bourgeoisie mit ihren Lakaien der II. und III. Internationale, und die revolutionäre Proletariat, das nur noch organisatorisch getrennt marschiert, dessen Marsch aber doch zum Kommunismus führt. Im Kampf mit dem Klassenfeind werden immer deutlicher und klarer die Lehren der Niederlagen gezogen werden, und enger, immer enger wird sich der gesunde Teil des Proletariats zusammenschließen, trotz langwieriger Krise.

Unter den Losungen: **Zerstörung der Orgeschgewerkschaften als fester Wall der kapitalistischen Zwangsorgane — Vernichtung des parlamentarischen Bodeszenars als Maschinerie zur Erzeugung von Massenillusionen und Korruptionen — Ablehnung des Belegschaftsbesitzes und Kapitalgenuß als schlimmste Arbeiterselbstverleugung**

wird sich das kämpfende Proletariat vereinen in dem Rufe: **Alle Macht den Räten, und siegen trotz alledem.**

Jeden, der die Ereignisse und Beschlüsse des XV. Parteitages einermäßen verfolgt hat, war klar, daß die Ent-

Der XV. bolschewistische Parteitag

und die Verbannungskampagne Stalins.

Gleich der Präzision einer Maschine läuft in Rußland im Elitempo die geschichtliche Entwicklung. Wenige Monate sind seit der Vorbereitung des XV. Parteitages der KPSU, dem Parteitag selbst und seiner Beschlüsse sowie ihrer Durchführung vergangen. Der Parteitag hat vom Standpunkt der Stalinisten aus gesehen, ganze Arbeit gemacht. Schon die Vorbereitungen haben das bewiesen, war es doch gelungen, die Wahl von oppositionellen Delegierten zum Parteitag völlig zu unterbinden.

Die Opposition bot im großen und ganzen ein klägliches Bild. Nicht nur, daß sie sich von einer durch Stalin eingesetzten Kommission auseinandersetzen ließ, gab eine Gruppe nach der anderen Kapitulationserklärungen ab, die inhaltlich nicht im geringsten zu ihren gewiß nicht konsequenten Plattformen standen.

Die Gruppe Sinowiew-Kamenew erklärte am Schluß des Parteitages (19. Dezember 1927) ihre Bereitwilligkeit zur völligen organisatorischen und ideologischen Abstrich ihrer oppositionellen Ansichten. Das war die schönste und klügste Erklärung.

Dieser Erklärung ging am 18. Dezember eine solche vor auf, die von Smilga, Murawow, Rakowski und Radek gemacht war, in welcher diese erklärten, ohne ihre Ansichten aufzugeben, nach wie vor für die Parteieinheit kämpfen zu wollen.

Der Parteitag ging über beide Erklärungen hinweg, von denen die letzte bestenfalls ein äußerst ungeschicktes taktisches Manöver darstellte, wie wir solche aus der Geschichte der bolschewistischen Fraktionskämpfe kennen, und schloß die Gruppen Kamenew und Radek aus mit der gleichzeitigen Ablehnung, auf ihre Erklärungen überhaupt einzugehen.

In derselben Entscheidung wurde ausgesprochen, „aus der Partei die Gruppe Saporosko als eine offensichtlich antirevolutionäre Gruppe auszustößen.“ (Anmerkung der Redaktion: Man beachte den Unterschied in der bolschewistischen Sprache; ausschließen — austößen.)

Etwas anderes war von diesem am 2. Dezember besonnenen Parteitag nicht zu erwarten, nachdem bereits am 6. Dezember die „Pravda“ triumphierend im Leitartikel schrieb: „Sie haben ausgelogen; nachdem bereits seit Wochen eine Anzahl oppositioneller Arbeiter wegen ihrer Ansichten hinter Schloß und Riegel saßen und der Fraktionskampf Formen angenommen hatte, wie sie in der Geschichte der bolschewistischen Partei noch nicht zu verzeichnen waren.“

Wir denken in diesem Zusammenhang an den offenen Brief des oppositionellen Redakteurs der „Pravda“, Sorin an Bucharin, in welchem sich Sorin mit den schärfsten Worten gegen die Verhaftung des Sekretärs der Moskauer Bezirksabteilung des Buchdruckerverbandes, Michail Fischeloff, wendet. Die Verhaftung Fischeloffs war erfolgt, weil derselbe die oppositionelle Plattform gedruckt hatte. Bei aller Kritik der Halbleiten der russischen Opposition muß anerkannt werden, daß dieser Brief, welcher Bucharin mit aller Schärfe die heuchlerische Maske vom Gesicht reißt, ein seltenes und wichtiges Dokument eines Oppositionellen darstellt, welches bei der ganz besonderen Lage in Rußland entsprechend gewürdigt werden muß. Die Antwort auf diese Anklage blieb auch nicht aus; Bucharin ließ Sorin durch die GPU sofort verhaften.

Nach allen diesen Vorgängen können, wie schon gesagt, die Kapitulationserklärungen der Gruppen Kamenew und Radek nur als ein feiges und unwürdiges Ausweichen vor dem Kampf gewertet werden.

Ebenfalls hat Stalin diese unwürdige Kapitulation wesentlich seine Arbeit erleichtert, indem er mit seinen Anhängern die Prinzipienlosigkeit dieses Teiles der Opposition weidlich zur Diskreditierung der Gesamtopposition ausnützen konnte.

Jeden, der die Ereignisse und Beschlüsse des XV. Parteitages einermäßen verfolgt hat, war klar, daß die Ent-

Preis 10 Pf.